

BESCHLUSS

aus der 2. Sitzung
des Haupt - und Finanzausschusses
am Dienstag, 21.01.2014

öffentliche Tagesordnungspunkte

2. Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und Anlagen der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2014 VL-197/2013

Nachdem die Beratung des Haushaltes in der letzten Sitzung des HFA nach dem Produkt 55.1.02 unterbrochen wurde, ruft Ausschussvorsitzende Frau Otto die Seite 174 (Produkt 55.3.01) auf, um mit der Beratung fortzufahren.

Seite 60, Produkt 12.6.01, Maßnahme 035

Bürgermeister Ide gibt zunächst noch eine Änderung auf der Seite 60 bekannt. Hier müssen gem. dem Vertrag über die interkommunale Zusammenarbeit für den Bereich des Brandschutzes die Beträge für die Einzahlungen durch den Landkreis Gießen für die vertragmäßige Übereignung des TLF 4000 in den Jahren 2014 und 2015 geändert werden. Die Einzahlungen für 2014 reduzieren sich von bisher 235.000 Euro auf nunmehr 198.000 Euro. Im Jahr 2015 ändert sich der Betrag von 62.000 € auf 115.000 €.

Seite 147, Produkt 54.1.01, Maßnahme 039

Ausschussvorsitzende Frau Otto ruft den in die heutige Sitzung zurückgestellten Antrag der Grünen auf Streichung der Maßnahme auf. Herr Finck erklärt, dass er nach Inaugenscheinnahme des Gehweges die Maßnahme für ebenfalls nicht notwendig hält. Dem schließt sich Herr Biedenkapp an. Stadtverordnetenvorsteher Herr Hausmann ist der Meinung, dass die Maßnahme durchgeführt werden sollte. Mit der Reitanlage und dem Baugebiet Mühlenweg habe man zwei Anlaufpunkte, für die ein guter und vor allem sicherer Gehweg unabdingbar sei. Herr Ewert entgegnet, dass er die Maßnahme grundsätzlich für zwar wünschenswert halte, sie jedoch nicht zwingend notwendig sei und aufgrund der bekannten Haushaltsituation derzeit nicht ausgeführt werden sollte.

Frau Wolf schlägt vor, den vorhandenen Weg auszubessern um so eine deutlich bessere Nutzbarkeit zu gewährleisten. Bürgermeister Ide erklärt, dass mit dem Betrag von 50.000 € beabsichtigt sei, den Gehweg komplett auszubauen und mit einem Randstein von der Fahrbahn abzugrenzen. Leider sei es nicht möglich gewesen, den Gehweg im Zusammenhang mit der Maßnahme „Untere Neustadt“ durchzuführen, um so evtl. Fördermittel generieren zu können.

Da sich keine weiteren Fragen ergeben, lässt Ausschussvorsitzende Frau Otto über die Streichung der Maßnahme aus dem Haushaltsplan 2014 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Enthaltung(en)

Als Nachgang zur letzten Sitzung des HFA greift Herr Finck das Thema der Förderung von Sporteinrichtungen auf. Bezüglich des Antrages des SV Queckborn schlägt er vor, dass die Stadt für einen möglichen Kredit des Vereines bei einer Bank bürgen könne und so dem Verein finanzielle Mittel zu sehr günstigen Konditionen zufließen könnten.

Bürgermeister Ide erklärt zu diesem Thema, dass in der Vergangenheit keinem Verein mehr als die durch die Vereinsförderrichtlinien festgelegten 5.000 Euro für umfangliche Sanierungen ge-

währt wurden. Er verweist auf die Möglichkeit, auch vom Land Hessen Fördergelder bekommen zu können. Herr Heßler gibt bekannt, dass der Verein auch beim Land Hessen einen Antrag auf Förderung in Höhe von rund 25.000 Euro gestellt habe, um die insgesamt gut 92.000 Euro Investitionskosten stemmen zu können. Diese Mittel werden allerdings nur genehmigt, wenn die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist. Hierzu fehlen noch die bei der Stadt Grünberg beantragten 25.000 Euro, so Heßler. Er plädiert dafür, den beschlossenen Antrag mit dem Sperrvermerk für den Haushalt 2014 unverändert beizubehalten und in der nächsten Sitzungsrunde die Details zu beraten.

Herr Finck erklärt, dass dann zunächst einmal Kriterien zu erarbeiten sein, die eine Vergleichbarkeit für die Zukunft gegenüber anderen Vereinen ermöglichen. Ausschussvorsitzende Frau Otto ergänzt, dass wie bereits in der letzten Sitzung besprochen der Ältestenrat dieses Thema zunächst beraten sollte.

Seite 189, Produkt 57.1.01

Bürgermeister Ide gibt für die Zeile 13 die Erhöhung des Ansatzes um 5.000 Euro bekannt. Hier seien die Mittel für die Teilnahme der Stadt Grünberg am Hessentag versehentlich nicht eingeplant worden.

Herr Ewert beantragt, unter der Zeile 13 zunächst für das Jahr 2014 einen Betrag von 5.000 Euro für die Erneuerung der Beschilderung des historischen Museumsrundganges einzustellen. Die Schilder seien teilweise in einem sehr schlechten Zustand und müssten dringend erneuert werden. Bürgermeister Ide erklärt, dass er nicht sicher sei, ob der beantragte Betrag für alle Schilder ausreiche. Herr Ewert entgegnet, dass man zunächst soweit wie möglich mit dem Betrag erneuern sollte. Für einen evtl. verbleibenden Rest an Schildern könne dann im Jahr 2015 erneut Geld bereitgestellt werden. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt Ausschussvorsitzende Frau Otto über dem Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Enthaltung(en)

Abschließend wird übereinstimmend festgelegt, den Betrag über 5.000 Euro beim Produkt 57.5.01 Tourismus in den Haushaltsplan einzustellen.

Seite 193, Produkt 57.1.01, Maßnahme 002

Herr Ewert kündigt für die Beratungen des Haushaltes 2015 erneut einen Antrag für eine teilweise Finanzierung des Breitbandausbaues über eine höhere Grundsteuer an.

Seite 198, Produkt 57.3.01, Maßnahme 012

Herr Hensel beantragt für den Ansatz über 10.000 Euro einen Sperrvermerk, um zunächst weitere Untersuchungen an dem Gebäude vornehmen zu können. Er berichtet von zahlreichen Mängeln des Gebäudes und bittet um die Prüfung einer grundlegenden Sanierung und gleichzeitiger Gegenüberstellung dieser Kosten mit einem möglichen Gebäudeneubau.

Bürgermeister Ide erklärt, dass ein Sperrvermerk zu einer Behinderung der Verwaltung führe. Die Mittel könnten dann nicht eingesetzt werden, auch nicht für eine Überprüfung von Mängeln oder weiteren Planungsvarianten. Er bittet um eine Abänderung des Antrages, damit die Mittel für die Überprüfung von Alternativen zur Verfügung stehen.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Hausmann bittet darum, zunächst zu klären, wer eine evtl. Prüfung durchführen kann. Es müsse klar sein, ob die Bauverwaltung dies erledigen könne oder ob externe Hilfe benötigt werde. Bürgermeister Ide erklärt zunächst noch einmal, dass der Wunsch für den evtl. Einbau eines Aufzuges vom Ortsbeirat komme. Der Ortsbeirat sei damit an die Stadt

herangetreten, da der Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses vor zwei Jahren als nicht finanzierbar eingestuft wurde.

Herr Hensel erklärt sich bereit, den Antrag abzuändern. Er bittet darum, dass die Prüfungsergebnisse einer Komplettsanierung des Gebäudes im Vergleich mit den Kosten eines Neubaus explizit dem Magistrat zur Beratung vorgelegt werden sollten. Evtl. sei ein, von der Größe angepasster, Neubau günstiger als eine aufwendige Komplettsanierung, so Hensel.

Frau Wolf schließt sich Herrn Hensel an und bittet darum, dass die Kosten einer umfangreichen Sanierung unbedingt im Rahmen der Planung eines Aufzugsanbaues mitgeprüft werden.

Bürgermeister Ide verweist auf die Ergebnisse des Antrages der FW-Fraktion zum Gebäudemanagement. Im nächsten Schritt sollen nun explizit für einzelne Gebäude Sanierungsvorschläge erstellt werden. Bezüglich eines Neubaus warnt er davor, mit zu viel Eigenleistung aus dem Ort zu planen. Allein aus rechtlichen Gründen sei dies schon höchst problematisch.

Herr Hensel formuliert seinen geänderten Antrag. Er beantragt einen erweiterten Prüfauftrag über den Anbau eines Aufzuges und eine umfangreiche Sanierung des Gebäudes auf der einen Seite mit einer Gegenüberstellung der voraussichtlichen Kosten für den evtl. Neubau eines Gebäudes auf der anderen Seite.

Ausschussvorsitzende Frau Otto lässt über den geänderten Antrag von Herrn Hensel abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Enthaltung(en)

Seite 223, Produkt 57.5.01, Maßnahme 002

Herr Ewert formuliert einen Antrag auf Streichung der Maßnahme aufgrund der defizitären Haushaltslage der Stadt Grünberg. Trotz der in Aussicht gestellten Förderung der Maßnahme, sei der verbleibende Eigenanteil so groß, dass er eine unverhältnismäßig hohe Belastung darstelle, so Ewert. Die Argumente der Befürworter könne er nachvollziehen, dennoch sei die Maßnahme derzeit nicht finanzierbar.

Herr Finck führt aus, dass der Weg ohnehin saniert werden müsse und somit unweigerlich Kosten auf die Stadt Grünberg zukommen. Er stellt in Frage, ob das auf Dauer günstiger sein wird, als der im Haushalt ausgewiesene Eigenanteil. Herr Ewert entgegnet, dass es auch ökologische Punkte gebe, die gegen eine Versiegelung des Weges sprechen. Herr Klockemann erklärt, dass er die Maßnahme für wünschenswert aber derzeit finanziell nicht realisierbar hält.

Herr Hensel spricht sich für eine komplette Streichung der Mittel aus. Es gebe günstigere Varianten für die Befestigung eines Weges. Er spricht sich für eine Frästechnik mit gleichzeitigem Einbau von Kalk und einem Mineralgemisch aus. Der Weg sei dann gut befestigt und von Radfahren sehr gut zu nutzen, so Hensel.

Bürgermeister Ide sagt zu, im Laufe des Jahres Angebote für alternative Ausbauvarianten vorzulegen.

Herr Heßler erkundigt sich nach der den Planzahlen zugrundeliegenden Kostenschätzung und durch wen diese erstellt worden sei. Bürgermeister Ide erklärt, dass die Kosten durch ein Büro ermittelt wurden, da der Zuwendungsantrag nur gestellt werden kann wenn eine umfangreiche Planung vorliegt. Die Kosten belaufen sich demnach auf ca. 80 Euro pro Quadratmeter Fläche zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Stadtverordnetenvorsteher Herr Hausmann bittet darum, durch die Verwaltung prüfen zu lassen, ob das im Rahmen der Sanierung der Ortsdurchfahrt Göbelnrod ausgebaute Fräßgut nicht für die

Befestigung des Weges verwendet werden kann. Herr Finck bittet darum, den Antrag von Herrn Ewert abzuändern damit Mittel für alternative Planungen zur Verfügung stehen. Herr Ewert stimmt dem zu und schlägt vor, einen Betrag von 10.000 Euro zur Prüfung alternativer Ausbauvarianten einschließlich entsprechender Kostengegenüberstellungen im Haushalt zu belassen.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Ausschussvorsitzende Frau Otto über den geänderten Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Enthaltung(en)

Stellenplan

Bezüglich der Anmerkungen zum Bereich der Arbeitnehmer fragt Herr Ewert nach, weshalb die zusätzliche Kraft für Hauswirtschaft im Bereich der Kindergärten notwendig ist. Bürgermeister Ide erklärt, dass die Stelle für die Bereitstellung des Mittagstisches im Kindergarten Lehnheim vorgesehen ist. Nach Abschluss der Erweiterungsarbeiten sei hierfür eine Teilzeitstelle notwendig.

Frau Wolf erkundigt sich nach evtl. Landeszuschüssen für die zusätzlichen Erzieherinnenstellen. Bürgermeister Ide verneint dies. Er erklärt, dass man derzeit bezüglich der grundsätzlichen Bezuschussung im Bereich Kinderbetreuung in der Schwebe hänge. Man müsse abwarten, welche Änderungen mit Inkrafttreten des neuen Kinderförderungsgesetzes und den darin festgelegten komplexen Berechnungsverfahren auf die Stadt zukommen.

Frau Otto möchte wissen, ob die 2. Waldarbeiterstelle im Jahr 2014 besetzt werden kann. Bürgermeister Ide führt aus, dass dies grundsätzlich möglich sei. Zunächst müsse man aber die Gespräche mit dem neuen Förster und dem Forstamt Wettenberg abwarten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verständigen sich die Ausschussmitglieder auf eine komplette Abstimmung über die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen.

Beschluss:

Der beigefügte Entwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und Anlagen der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2014, einschließlich der 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für den Zeitraum bis 2017 sowie dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke Grünberg für das Wirtschaftsjahr 2014, wird mit den dort enthaltenen Festsetzungen gemäß § 97 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)